ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Berger, L.

Article — Digitized Version

Umfassender Etatismus in Israel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Berger, L. (1963) : Umfassender Etatismus in Israel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 3, pp. 124-126

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133293

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Umfassender Etatismus in Israel

Dr. L. Berger, Tel Aviv

Die Staatswirtschaft Israels gleicht keiner anderen der Welt. Umfang, Organisation und Existenzgründe der israelischen öffentlichen Wirtschaft divergieren stark von denen anderer Volkswirtschaften. Hinsichtlich ihres Größenverhältnisses, d. h. ihres Anteils am nationalen Besitzstand und am Volkseinkommen, ähnelt sie der sozialistischer Länder. Dies trifft jedoch nicht für ihre Organisationsformen zu, denn Israel besitzt deren drei: Staatskapitalismus, Kollektivismus und institutionelle Wirtschaft.

Die Tendenz zur umfassenden Staatswirtschaft

Das unaufhörliche Anwachsen der israelischen Staatswirtschaft in allen drei Manifestationen wird durch absolute, nicht wirtschaftliche Planungsmethoden bedingt. Das heißt, daß hier Investitions- und Planungsmethoden eine Rolle spielen, die Kostenaufwand und Preis außer acht lassen und statt dessen in großem Umfange quantitative Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. Der Staatskapitalismus westlicher Prägung fand die Methoden einer solchen absoluten Wirtschaftsplanung, d. h. einer Planung ohne Rücksicht auf die Rentabilitätsberechnung, niemals attraktiv. Der wirtschaftliche Sozialismus der Ostblockstaaten hat diese Methoden in den letzten Jahren ebenfalls aufgegeben und damit begonnen, bei der Durchführung seiner Wirtschaftsprogramme den Prinzipien der Amortisation, der Kapitalverzinsung und der Gewinnmaximierung die gebührende Beachtung zu schenken. Israel hat jedoch erst kürzlich die rentabilitätsnegierenden Investitionsmethoden, wie sie in der öffentlichen Wirtschaft angewendet werden, auch für seine Privatwirtschaft übernommen. Das gilt insbesondere für die Privatindustrie, die der Einflußnahme des Handels- und Industrieministeriums unterliegt und aus der Förderung durch dieses Ministerium ihren Nutzen zieht. Auf diese Art sind, unter Mißachtung abwägender Betrachtungen des Ergebnisses, Israels öffentliche Wirtschaft und eine ständig anwachsende Zahl privater Unternehmungen — in der Wirtschaftsplanung und hinsichtlich der Aussichten und Prognosen für die Zukunft dieser Planung — fusioniert worden. Die Aussichten für eine rasche und intensive industrielle Entwicklung beurteilt man günstig, da die Rentabilität aller Branchen und Unternehmungen Israels durch Subventionen des Finanzministeriums gesichert erscheint.

Der Etatismus Israels unterscheidet sich sowohl in seiner inneren Struktur als auch in seinen äußeren Formen von dem Etatismus irgendeines anderen Landes, was sich in einer Anzahl paradoxer Ergebnisse zeigt. Sie finden gegenwärtig ihren Ausdruck in einer staatlichen Konsolidierung privater Verluste einerseits und andererseits in Maßnahmen, die darauf abzielen, Gewinne als Ergebnis einer privaten Initiative erscheinen zu lassen. Mit einer schrittweisen Verringerung der Subventionen, die ausländischem Kapital gewährt werden, wird dieser Etatismus jedoch gezwungen sein, die erzielten Gewinne nach und nach zu sozialisieren und Verluste von privater Hand tragen zu lassen.

Die Versuche einer quantitativen Bestimmung

Es ist nicht leicht, den quantitativen Umfang der öffentlichen Wirtschaft Israels zu bestimmen. Der Versuch einer derartigen Bestimmung wurde von D. Creamer in einer Untersuchung mit dem Titel „The National Income of Israel, 1950—1954" (Das Volkseinkommen Israels 1950—1954) unternommen, die die Falk Foundation in Jerusalem veröffentlichte. Nach dieser Untersuchung betrug der Anteil des Staates und der Association of Israel Workers an der Wertschöpfung des Landes für das Jahr 1953 mehr als 40 %. Es war jedoch notwendig, diese Berechnung zum Vorteil der beiden genannten öffentlichen Sektoren zu berichtigen, da sie eine Reihe großer privatwirtschaftlicher Unternehmen ausschloß, die zwar als Privatgesellschaften registriert sind, aber tatsächlich der öffentlichen Hand gehören, wie z. B. die ZIM Shipping Company, die EL Al Aviation Corporation, die Israel Electric Corporation usw. In seiner Arbeit „The Israel Economy during the First Decade of the State" (Die israelische Wirtschaft im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung) stellt Professor Dan Patenkin von der Universität Jerusalem fest, daß 1958 der Anteil der öffentlichen Investitionen, die die Regierung selbst vornahm (ausschließlich derjenigen der General Federation of Labour), 50 % der Gesamtinvestitionen betrug, verglichen mit 11 % in Frankreich, 28 % in Großbritannien und 43 % in Ländern mit geplanter Sozialisierung, wie z. B. Burma. Bezieht man die öffentlichen Investitionen in die Betrachtung ein, die nicht mit Mitteln der Regierung finanziert wurden, so kann man sehr wohl annehmen, daß nur etwa 25 % der israelitischen Wirtschaft dem privatwirtschaftlichen System unterliegen.

In den kapitalistischen Ländern des Westens läßt sich kein vergleichbarer Grad von wirtschaftlichem Etatismus aufstellen, nicht einmal in den unterentwickelten Ländern. Im „World Economic Survey" der UNO von 1959 ist eine Untersuchung über den Umfang staatlicher Investitionen und Unternehmen in Industriestaaten und Entwicklungsländern veröffentlicht worden. Nach dieser Untersuchung betrug der Anteil des öffentlichen Sektors in den Industriestaaten etwa ein Drittel aller Investitionen, d. h. einschließlich der Investitionen für Dienstleistungen in den Gemeinden, für den Straßenbau, das Sozialwesen und die Erziehung. In den Entwicklungsländern belief sich dieser Anteil auf 41 % in Ghana, 50 % in Indien und 58 % in Ägypten. Damit wurde klar herausgestellt, daß der Etatismus in keinem dieser Länder den Umfang erreicht wie in Israel.

Staatliche Kreditpolitik

Nicht nur das Devisenmonopol dient dem Währungsetatismus, sondern auch die Monopolstellung für lang- und kurzfristige Kredite, die aus Mitteln des Entwicklungshaushaltes gewährt werden und leicht zu erhalten sind. Es gab Zeiten, in denen die Regierung bei der Vergabe dieser Kredite auf Privatbanken zurückgriff. Das hauptsächliche Charakteristikum der offiziellen Kreditpolitik jener Zeit fand seinen Ausdruck in den Gleitklauseln (auf dem Dollar oder dem Index der Lebenshaltungskosten basiert). Über einen längeren Zeitraum mußte diese Klausel dazu führen, daß den Behörden die Geschäftsführung der Privatunternehmungen, die diese Kredite erhielten, gesichert schien, denn nach dem Abkommen des Finanzministeriums mit den Banken waren diese Unternehmungen von dem Risiko befreit, das diese Gleitklausel im Falle einer Geldentwertung enthielt. Die durch die Gleitklauseln entstandenen Wechselkursschwankungen mußten von den Kreitschuldnern aufgefangen werden.

Vor mehr als drei Jahren gründete die Regierung eine Industrie-Entwicklungsbank, die Anteile an den Unternehmungen übernehmen mußte, die Kredite erhielten. Dadurch ist ein Bankinstitut entstanden, das die etatistische Politik auf dem Gebiet der Währung noch umfassender gestaltete.

Staatliche Lohnpolitik

Die Durchdringung privater Unternehmungen mit staatlichem Kapital wird in Israel auch durch die Lohnpolitik der General Federation of Labour gefördert. Diese Politik, die Lohnerhöhungen in einem größeren Ausmaß betreibt, als es die realen Zuwachsraten der Produktivität gestatten, zeigt zwei Resultate: Die Fabrikanten geben dem Faktor Kapital den Vorzug; als anschauliches Beispiel sei auf die zunehmende Substitution der Arbeitskräfte durch Maschinen hingewiesen, und es ist daher eine steigende Tendenz zu beobachten, daß sich die Fabrikanten darum bemühen, die für die Produktion notwendigen Mittel als Kredite von der Regierung zu erhalten. Die zweite und konsequente Folge von Lohnerhöhungen über das volkswirtschaftlich tragbare Maß der Realproduktion hinaus ist eine Geldinflation. In einer Volkswirtschaft, in der die Schulden an den Dollar oder den Lebenshaltungsindex gebunden sind, muß eine Inflation notwendigerweise das Eigenkapital der Unternehmen reduzieren, d. h. sie erhöht die Abhängigkeit vom Kreditgeber oder, im Falle Israels, von der Regierung, die an Stelle der Privatbanken als Kreditgeber fungiert.

Staatliche Eigentumspolitik

Zwar unterliegt die Verfügung über das Privateigentum in Israel keiner generellen staatlichen Einschränkung, doch es bestehen Maßnahmen, die die Freiheit der Verwendung dieses Eigentums graduell beschneiden. Hierzu seien folgende Beispiele genannt: Es gibt anerkannte Unternehmungen, die sich verschiedenartiger steuerlicher und finanzieller Erleichterungen erfreuen; Spinnereien, von denen gefordert wird, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Produktion zu exportieren, während andere Spinnereien von dieser Auflage befreit sind; eine Zuckerfabrik, bei der sich die Regierung verpflichtet hat, die gesamte Produktion unter Zusicherung eines Mindestgewinns abzunehmen; und schließlich bevorzugt behandelte Investitionen in eine Öl-Pipeline, für die die Regierung eine von Steuern und Kapitalamortisationen befreite Jahresdividende sichergestellt hat.

Die Wirksamkeit des in israelischen Unternehmungen investierten Privatkapitals hängt von der Rentabilität ab, die für das betreffende Unternehmen durch Regierungssubventionen, Fixierung des Verkaufspreises, durch billige Kredite, Importgenehmigungen usw. gesichert wird. Steuererleichterungen, direkte Unterstützung aus öffentlichen Mitteln oder indirekte Unterstützung durch den Binnenmarkt dienen dem Zweck, Interesse an den Investitionsmöglichkeiten zu wecken, die sich innerhalb Israels bieten.

Zielkonflikte . . .

Die Einführung rationeller technischer Produktionsverfahren in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, die durch starkes Bevölkerungswachstum und durch Kapitalknappheit gekennzeichnet sind, hat bisher fast immer dazu geführt, daß Investitionen nicht — wie man es erwarten sollte — auf kapitalintensive Projekte gelenkt werden (wie z. B. in die Schwerindustrie), sondern daß solche Investitionen vorgenommen werden, die die Eingliederung vieler Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß ermöglichen. Das trifft besonders für Länder wie Israel zu, deren Bevölkerung auch Güter der Leichtindustrie mit zufriedenstellender Qualität herzustellen vermag. Würde man nach dem Prinzip verfahren, mit Hilfe der Investitionen eine Mechanisierung und Automatisierung der Produktion zu beschleunigen und gleichzeitig auf eine maximale Einschränkung der Beschäftigtenzahl zu drängen, so würde das notwendigerweise mit einer engen Begrenzung der Einwandererzahl verbunden sein (dies zeigen die hochindustrialisierten Länder, die ihre Grenzen für Einwanderer verschlossen haben, besonders deutlich). Außerdem birgt eine derartige Umstellung der Produktionsweise die Gefahr einer unrentablen Produktion, da die bestehende Angebots-Nachfrage-Konstellation auf dem beschränkt aufnahmefähigen Binnenmarkt verschoben wird. Hinzu kommt, daß eine unrentable Produktion auch eine wirkungsvolle Konkurrenz auf dem Weltmarkt verhindert.

. . . in der Expansionspolitik

Ist man nun zu der Annahme berechtigt, daß eine industrielle Konzentration in Israel sehr bald auf enge Grenzen stoßen wird, wo doch die anderen Länder eine stetige Expansion vorexerzieren? Diese Annahme scheint auf den ersten Blick berechtigt zu sein, wenn man bedenkt, daß der Einwanderungsstrom nach Israel nicht abzureißen scheint und daß der große

Mangel an Kapital und langfristiger Investitionsplanung eine effektive Vollbeschäftigungspolitik verhindert.

Ein erster Schritt zur Lösung dieses Problems wäre jedoch eine Bestimmung der Grenzen einer industriellen Konzentration oder der günstigsten Produktionsweise mit Hilfe eines Eingliederungsindex. Ein derartiger Index, der insbesondere für die Industrie von großer Bedeutung sein würde, sollte nicht nur die Anzahl der je Kapitaleinheit beschäftigten Personen, d. h. den Grad der Konzentration, messen, sondern auch die folgenden Faktoren:

1. das Verhältnis von Produktionswachstum und Kapitalaufwand,
2. die versteckten Kosten des Investitionsumsatzes, d. h. die Kosten, die aus der Zeitdauer für Kapital- und Arbeitskraftnutzung bis zum endgültigen Produkt entstehen,
3. die versteckten Kosten, die durch Risiken verursacht werden und eventuell mit einer veralteten Investitionspolitik im Hinblick auf den Grad der Ausnutzung der Investitionskosten zusammenhängen.

Die Berücksichtigung der genannten Faktoren bezieht sich jedoch nur auf technisch-wirtschaftliche Relationen und läßt die rein ökonomischen und rechtlichen Zusammenhänge außer acht, die für die Analyse der Lage und die darauf basierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen unabdingbar sind. Für eine weitergehende Studie bliebe also noch zu untersuchen, wie sich z. B. ein freier Wettbewerb in Israel auf den Preis und die Qualität eines Produktes auswirken würde, oder wie sich die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Leiter eines Unternehmens in seinen Dispositionen auswirkt. Man hätte sich weiterhin damit auseinanderzusetzen, wie das Steuersystem zu gestalten wäre, insbesondere die Einkommensteuer und die indirekte Besteuerung

Diese Probleme berühren das Investitionsklima eines Landes, und die Pflege dieses Klimas sollte insbesondere einem Staat am Herzen liegen, der darauf angewiesen ist, Einwanderer in den Produktionsprozeß einzugliedern, und der den Wunsch hat, auf ausländisches Kapital und Fachkräfte anziehend zu wirken.

In Jordanien hat die Zukunft begonnen

Hans-Armin Reinartz, z. Z. Hamburg

„Noch vor drei Jahren waren Hauptstadt und Regierung unendlich weit entfernt, und wir waren ganz auf uns selbst angewiesen", sagte der Kommandant der Militärstation in Aqaba am Roten Meer. „Wenn einer von uns einmal nach Amman mußte, dauerte das drei Tage. Bis Ma'an im Norden ging eine schlechte Straße. Von dort bahnte jeder sich mit seinem Landrover seinen Weg durch die Wüste." Heute dauert die Fahrt 5 Stunden auf einer erstklassigen Autobahn. Das mit amerikanischem Geld gebaute Straßennetz Jordaniens hat das Gesicht des ganzen Landes gewandelt. Aus dem winzigen Küstenplatz Aqaba, der von der Außenwelt isoliert am nördlichsten Ende des Roten Meers lag — und der nur einmal im ersten Weltkrieg ins Licht des Tages trat, als Lawrence mit seinen im Sold Großbritanniens stehenden Beduinen den Platz besetzte —, wird einer der modernsten Häfen des Orients.

In Sichtweite Aqabas — nachdem der Staat Israel unmittelbar neben dem Ort einen wenige Kilometer breiten Küstenstreifen des Roten Meers gewonnen hatte — breitet sich die moderne israelische Hafensiedlung Eilath aus.

Auf jordanischer Seite sah man zu, wie in dieser modernen Stadt Eilath genau auf dem gegenüberliegenden Abhang von Woche zu Woche die neuen Hafenanlagen wuchsen. Das war gewiß einer der Gründe für Jordanien, auch auf seinem Territorium aus dem vergessenen Küstenplatz einen modernen Hafen zu machen. Die Bewohner des Dorfes leben zwar immer noch in ihrer alten Welt. Aber wer den Ort durchquert — früher hörte dahinter praktisch die Welt auf, und der Weg endete vor der nur eineinhalb Kilometer entfernten saudiarabischen Grenze, über die es so gut wie keinen Verkehr gab —, kommt heute auf einer vierbahnigen Betonstraße in ein großzügig geplantes Hafengelände, in dem bereits reger Betrieb herrscht.

Ein großer Teil des früher über den Mittelmeerhafen Beirut und über Damaskus gehenden jordanischen Im- und Exports geht heute bereits über Aqaba. Hunderte von Schwerlastwagen größtenteil westdeutscher Herkunft, stellen die Verbindung zwischen dem Roten Meer und dem Norden her.

Umfangreiche westdeutsche und USA-Hilfe haben den Bau des Hafens ermöglicht. Deutsche haben das Projekt entworfen und verwirklicht. Erweiterungsarbeiten sind inzwischen schon im Gange. Die Hafendirektion berichtete, daß auch Pläne zum Ausbau des Orts fertig sind. Aqaba soll eine „richtige" Hafenstadt werden. Eine westdeutsche Firma soll am Stadtrand die größte Kunstdüngerfabrik des Nahen Ostens bauen, ein Projekt von über 40 Mill. DM.

Jordanien wächst zusammen

Aufbau und technische Fortenwicklung gehen — wie überall im Nahen Osten — auch in Aqaba schneller als die Änderung der Sitten und Gewohnheiten. Der weitläufige Hafen ist vorerst noch ein Fremdkörper. Aber die Zukunft, die am Roten Meer wie in ganz Arabien begonnen hat, wird auch das ändern. Aqaba ist das augenfälligste Beispiel für die Aufwärtsent-